

Landtag

Debatte um wachsende Armut ist auch Debatte um die Maßstäbe dafür

Von Winfried Borchert



Linke-Fraktionschef Wulf Gallert: "Der Wirrwarr ist politische Absicht." Fotos (4): Eroll Popova

Wer ist arm im Land und warum ? Wie viel Unterstützung sollte der Staat Bedürftigen gewähren, und wie viele Anreize muss er ihnen bieten, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten ? Über diese Fragen debattierte gestern Sachsen-Anhalts Landtag.

Magdeburg. Armut ist offensichtlich kein Randthema mehr. Das Parlament ist fast vollzählig versammelt, auch auf der Regierungsbank gibt es nur einen freien Platz, als Landtagspräsident Dieter Steinecke (CDU) das Thema am Morgen aufruft. Beantragt hat die Debatte die Linke, nachdem die Regierung vor drei Wochen ihren zweiten Armutsbericht präsentiert hatte.

Über die Frage, wer arm ist, streiten Wissenschaftler und Politiker (Info-Kasten). Ein Betroffener muss hierzulande dank staatlicher Hilfen nicht hungern, frieren oder ohne Obdach leben, doch er hat große Probleme, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Wissenschaftler sprechen von Armut, wenn etwa das Geld für den Kinobesuch nicht reicht, man sich kein Buch leisten kann oder das Kind nicht mit auf Klassenfahrt darf, weil die Familienkasse dies nicht hergibt.

Jeder Siebte (14 Prozent) in Sachsen-Anhalt erlebt das laut Regierungsbericht täglich, bei den Kindern sind es 17 Prozent. Wohlfahrtsverbände stufen dagegen 18 Prozent aller Bewohner als arm ein, die Kinderarmut betrage gar 32, 6 Prozent.

Linke-Fraktionschef Wulf Gallert, der bei seiner Rede nur selten auf das Blatt schaut, spart nicht mit Vorwürfen gegen die CDU / SPD-Regierung. Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU) greift er nicht direkt an.

Gallert äußert einen Verdacht : Der " Wirrwarr " sei politische Absicht, " um eine Vergleichbarkeit zu erschweren ". Einige CDU-Abgeordnete protestieren. Gallert weiter : In jeder Zählweise sei aber klar, " die Polarisierung in der Gesellschaft nimmt zu ". Das könne man in Sachsen-Anhalt an den Tafeln für Bedürftige sehen.

Doch die Situation sei " keine Naturkatastrophe ", Ursache seien politische Entscheidungen, etwa die " Ausweitung der Leiharbeit ". Wenn Verantwortliche jetzt die Armut thematisieren, sei dies " entweder Sarkasmus oder tätige Reue ". Besonders die Kinderarmut sei " eine moralische Belastung für die Bundesrepublik ". Das Plenum schweigt. Erst als Gallert seine Vorschläge gegen Kinderarmut aufzählt, Ganztagsbetreuung, Mittag essen-Garantie, Stützung der Schülerbeförderung und Auflösung des gegliederten Schulsystems, setzt Grummeln ein.

Ministerpräsident Böhmer spöttelt anschließend, Gallerts Schluss sei " ein Agitprop-Vortrag " über das Linke-Parteiprogramm gewesen. Agitprop war in der DDR das gängige Akronym für " Agitation und Propaganda ". Ansonsten ist der Regierungschef bemüht, keine Fronten aufzumachen. Er dankt den Linken für die Debatte und bestätigt, dass man eben unterschiedliche Meinungen darüber habe, wie das Zusammenleben in der Gesellschaft organisiert werden solle, " damit jeder in dieser Leistungsgesellschaft gleichberechtigt teilhaben kann, damit niemand durch irgendein Netz rutscht und dass wir trotzdem die Leistungsmotivation erhalten ".

Gallerts Verdacht der Verschleierung weist Böhmer zurück : " Der Bericht aus dem Sozialministerium ist ein sozialwissenschaftlich sehr sauberer Bericht mit exakten Definitionen, exakter Verwendung der Begriffe, wie sie von der EU vorgegeben sind. " Böhmer räumt die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich ein. Es gebe in Deutschland " eine zunehmende Einkommensasymmetrie ". Es werde aber gegengesteuert, etwa mit Steuerbefreiungen für niedrige Einkommen. Auch forderten die Länder vom Bund höhere Hartz-IV-Leistungen für ältere Kinder.

Die größten Armutsrisiken lägen in der hohen Arbeitslosigkeit und bei Jugendlichen in der Arbeitslosigkeit der Eltern. " Deswegen gibt es für uns nur ein Gegeninstrument : Arbeitsplätze zu schaffen und die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. " Um dies zu erreichen, etwa durch Gründungen neuer Unternehmen, halte er auch Niedriglöhne und deren staatliche Aufstockung für hinnehmbar, allerdings " nur für eine Übergangszeit ", sagt Böhmer und prophezeit höhere Löhne in den nächsten Jahren, " weil die Arbeitskräfte knapp werden ".

Die Zuversicht, das Problem von Arbeitslosigkeit und Armut werde sich von selbst bessern, teilen andere nicht. SPD-Sozialexpertin Petra Grimm-Benne sagt lediglich, sie hoffe, " dass der Trend zur Niedriglohnbeschäftigung nicht weiter zunimmt ".

FDP-Sozialpolitikerin Lydia Hüskens fordert ein Bildungssystem, das auch die Bildungsferne mancher Elternhäuser auszugleichen vermag. Aber : Trotz staatlicher Hilfe müsse der Abstand zwischen dem Einkommen Erwerbstätiger und Arbeitsloser " ausreichend groß " sein.

CDU-Fraktionschef Jürgen Scharf kritisiert Landesregierung und EU für deren nach seiner Meinung " vollkommen untaugliche "

Armutdefinition. Es gehe bei relativem Einkommen " nicht um Armut, sondern um ein Verteilungsmaß ". Deshalb müsse man einen anderen Bewertungsmaßstab anlegen. Mit sparsamer Gestik, aber erhobener Stimme geht Scharf die Linke-Fraktion an : " Sie haben ein Interesse daran, Armut zu instrumentalisieren. " Kinderarmut sei nicht nur eine Frage des Geldes : " Auch reiche, hedonistische Elternhäuser sind ein Armutsrisiko. " Dagegen habe es beispielsweise eine vietnamesische Familie trotz geringen Einkommens geschafft, dass ihre vier Kinder Spitzenplätze bei der Mathe-Olympiade im Land belegten. " Weil die Eltern sich darum kümmern. " Beifall bei der CDU, Zwischenrufe von der Linken, Schweigen bei der SPD.

Dafür nimmt deren Fraktionschefin Katrin Budde überraschend das Wort und kritisiert den " Alleinvertretungsanspruch " der Linken beim Thema Armut, was Gallert mit der Bemerkung kontert, man wolle gar keinen solchen Anspruch.

Der Ministerpräsident ist es schließlich, der am Ende versöhnliche Worte findet und den CDU-Fraktionschef wieder einfängt. Das Land wolle alle zwei Jahre einen Armutsbericht vorlegen, um das Thema im Blick zu behalten. Man brauche auch " keine willkürlichen Definitionen ", sondern werde die Maßstäbe der EU anwenden. " Davon abzugehen, verhindert die Vergleichbarkeit. " Da applaudieren schließlich alle Fraktionen, auch die Linke.

[document info]

Copyright © Volksstimme.de 2008

Dokument erstellt am 31.05.2008 um 18:05:31 Uhr

Erscheinungsdatum 31.05.2008 | Ausgabe: mdx